

## **Rede Eric Brenneke, Vorsitzender Junglandwirte Niedersachsen e.V.**

### **– ES GILT DAS GESPROCHENE WORT –**

Liebe Junglandwirte, liebe Gäste,

das Thema Landwirtschaft ist in aller Munde. Die Schublade in die unsere niedersächsischen Familienbetriebe gesteckt werden wechselt zwischen bäuerlich und industriell, und zwischen Begriffen wie Auslaugung oder Überdüngung. Entweder oder. Die Gesellschaft fordert tiefgreifende Veränderungen, die wir Junglandwirte ernst nehmen.

Expertenwissen jedoch gibt es von sehr gut aufgestellten Spendenorganisationen, die ihre Belange bis ins Ministerium tragen. Niemand hinterfragt dort Absichten und Ziele. Wir dürfen uns nichts vormachen, es wird von Parteien und NGO's gezielt nach Angriffspunkten auf unsere Landwirtschaft gesucht um Wählerstimmen und Gelder zu generieren. Der größte Denkfehler der Politik dabei ist, dass etwas, das gut für den Bauern ist, gleichzeitig schlecht für Wirtschaft, Natur und den ganzen ländlichen Raum sein muss.

Diese - auch gezielt forcierte - Stimmung gipfelte im Januar in der „Wir haben es satt-Demo“ in Berlin. Diese straff durchorganisierte Demo lies kein gutes Haar an der herkömmlichen Landwirtschaft im Land. Wenig Fakten, viel Emotionen. Und wir Bauern reagieren nüchtern, abwartend oder mit Statistiken. MRSA-Keime aus unserem Stall: Nur 5% aller Fälle sind tatsächlich mit Landwirtschaft in Verbindung zu bringen. Nitratbelastung im Grundwasser: Jja, aber vor allem weil belastete Brunnen gezielt gemeldet wurden. Wir lassen uns an diesen Stellen zu viel gefallen. Das Portfolio der Angriffspunkte auf die Landwirtschaft ist so groß, dass Bauern sich auch gerne wegdrehen, wenn bestimmte Themen sie nicht direkt betreffen. Ich möchte noch einmal betonen, dass es einen Generalverdacht gegen alle Bauern gibt und sich deshalb auch alle Bauern zu Wort melden sollten. Egal ob man nur Ackerbau hat oder viel oder wenig Tiere. Wir dürfen uns an dieser Stelle keinesfalls spalten und erst recht nicht entmutigen lassen. Natürlich ist so eine Kampagnenarbeit nach einem langen Arbeitstag nicht mal eben auf die Beine zu stellen. Aber in den sozialen Medien wie z.B. facebook kann jeder mitmachen, und das passiert noch viel zu wenig.

Die Initiative „Frag doch mal den Landwirt“ geht hierbei mit bestem Beispiel voran. Aus vielen Einzelkämpfern wird eine Gemeinschaft, die etwas für die Landwirtschaft erreicht und mit vielen guten Argumenten aufwartet. Und ja, das ist mühselig und wir müssen

tatsächlich bei grundlegenden Dingen anfangen. Der kritische Verbraucher hat selten vertiefte Kenntnisse über Düngung und Pflanzenschutz. An dieser Stelle müssen vor allem wir jungen Landwirte aktiver werden und noch stärker in den Dialog treten. Es sind nicht besonders viele Personen, die sich aktiv gegen unsere Landwirtschaft engagieren, aber sie sind laut und sie werden gehört. Und dann passiert es auch, dass Politiker weich werden und Fakten und Forschung in den Hintergrund geraten.

Am Beispiel Niedersachsen ist das doch sehr deutlich festzumachen. Wir haben zwei sehr gute Hochschulen für Landwirtschaft, die vom Landwirtschaftsministerium überhaupt nicht genutzt werden, um Verbesserungen herbeizuführen. Wir können in Niedersachsen nur davon träumen, dass der wissenschaftliche Beirat des Bundes Gehör in der Politik findet.

Folgenabschätzungen wären doch das Mindeste, um den Berufsstand nicht total den Ideologien Preis zu geben.

Dabei muss die Frage erlaubt sein, ob es noch um Verbesserungen geht oder um Verhinderung. Wer Stallbauten pauschal verbietet, ist nicht an einer ehrlichen Verbesserung der Haltung interessiert. Denn in jedem neuen Stall geht es den Tieren besser als vorher. Wir wissen das, aber wir vermitteln es zu schlecht.

An dieser Stelle kann ich kurz von einem Beispiel berichten, das erahnen lässt, was uns noch erwarten kann. In meiner Heimat im Landkreis Holzminden wurde vom jetzigen Landwirtschaftsminister, der auch im Kreistag sitzt, eine Eingabe gemacht, dass Stallbauten im Rahmen des neuen Landschaftsschutzgebietes 400 Quadratmeter nicht überschreiten sollen. 400 Quadratmeter lassen erahnen, wie viele Tiere sich unsere Landesregierung in den Ställen wünscht: Das sind 30 Kühe oder 300 Schweine.

Der Parteitag der Grünen hat für uns alarmierende Inhalte gezeigt. Es wurde zwar festgestellt, dass der Verbraucher sein Verhalten an der Ladentheke nicht ändert und mehr Geld für Lebensmittel aus regionaler Erzeugung ausgibt. Gleichzeitig wurde aber gesagt, dass auf diesen Umstand in der Politikausrichtung keine Rücksicht genommen wird. Das heißt: Die Bauern werden gezwungen, für einen Markt zu produzieren, auf dem wenig Nachfrage herrscht. Das kann und wird nicht funktionieren. Und wir dürfen nicht müde werden, das zu betonen, wenn es nötig ist bieten wir Nachhilfe in Volkswirtschaft an.

Die beste Möglichkeit, mehr Akzeptanz für unsere Tierhaltung zu gewinnen, bietet sich ab April mit der Initiative Tierwohl. Wo bleibt da eigentlich die Wertschätzung für diejenigen, die in ihren Betrieben strengere Haltungsauflagen beachten? Ein freiwilliges Angebot, was endlich auch vom Lebensmitteleinzelhandel unterstützt und finanziert wird. Wenn der auf diesem Wege geschaffene Tierkomfort zeitnah gesetzliche Norm wird, ist bald sehr schnell Schluss mit der Finanzierung und das ganze Projekt verliert seine Daseinsberechtigung.

Umso genauer schauen wir auf den „Kompetenzkreis Tierwohl“ in Berlin, zu dem Herr Schmidt uns gleich bestimmt berichten wird. Wenn dort gewonnene Erkenntnisse auf gesetzlichem Wege die Initiative Tierwohl nichtig machen, hat der Berufsstand eine schwere Niederlage zu verzeichnen. Denn eine freiwillige Lösung ist einer erzwungenen immer vorzuziehen. Diesen Mehrerlös werden wir dauerhaft benötigen, um die höheren Auflagen zu finanzieren.

Neben dem Tierwohl muss auch das Tierhalterwohl eine Rolle spielen. Damit genug von uns Junglandwirten weiter machen brauchen wir moderne Ställe und Maschinen und unser Verdienst muss mit dem in anderen Branchen mithalten. „Viel Arbeiten und wenig verdienen“ wird unsere Generation nicht ewig mitmachen. Auf den Bauernversammlungen im Land hat sich in diesem Zusammenhang ein eingängiger Slogan verbreitet: „Rücken krumm, Taschen leer, Christian Meier danke sehr.“

Es ist sicher eine große Herausforderung, im Kompetenzgerangel von Brüssel, Bund und Ländern vergleichbare Regelungen für die Landwirtschaft zu schaffen.

Bei vielen Themen frage ich mich, warum hier so unterschiedliche Bedingungen gelten sollen. Die neue Düngeverordnung soll eine Länderöffnungsklausel bekommen, mit der die bundeseinheitliche Regelung auf Länderebene verändert werden kann. Wieso sollten Auflagen in Schleswig-Holstein andere sein als in Bayern? Gute fachliche Praxis ist nicht abhängig von der Region. Deshalb fordere ich hier schon deutlich, den Länderministern nicht noch mehr Möglichkeiten zu geben, die Landwirte mit unterschiedlichen Auflagen zu bestücken. Die meisten Länderminister werden das Instrument der Länderöffnungsklausel nicht fachlich fundiert, sondern viel zu oft ideologisch nutzen. Und das geschieht auf den Rücken der Bauern. Ich plädiere auch dafür, Möglichkeiten zu schaffen, mineralischen Dünger einzusparen und organischen Dünger im ausreichenden Maß nutzen zu können.

Natürlich müssen wir an dieser Stelle auch über TTIP sprechen. Unsere Stärke soll die Qualität und Sicherheit unserer Nahrungsmittel bleiben. Und wir müssen uns dagegen wehren, die hohen deutschen Standards einem Handelsabkommen preis zu geben.

Das wäre in der Diskussion um Tierhaltung und Tierschutz ein herber Rückschlag. Die EU-Kommission fordert aktuell die Herkunftskennzeichnung von Fleisch. Dies kann für die deutsche Landwirtschaft mit ihren hohen Standards und einer starken Verarbeitungsbranche eine sehr gute Chance sein, sich zu behaupten. Wir müssen den hohen Standard der deutschen Erzeugnisse auch als einen solchen vermarkten und endlich mehr Geld für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit in die Hand nehmen.

Ich freue mich besonders, dass wir zu den letzten Punkten den wichtigsten Entscheidungsträger der deutschen Landwirtschaft als Gast gewonnen haben. Herr Minister Schmidt, an dieser Stelle bitte ich Sie, uns junge Hofnachfolger direkter in die politische Entscheidungsfindung einzubeziehen. Bei der Hofabgabeklausel, an der Sie wie wir Junglandwirte festhalten möchten, sehen wir unsere Interessen im Grundsatz gewahrt. Das wünschen wir uns auch bei anderen Themen.

Die Fragen zu den jeweiligen Vorträgen könnt ihr auf Zettel schreiben diese nach außen geben und sie werden permanent eingesammelt. Nach jedem Vortrag wird es eine kurze Diskussion geben.

Die Junglandwirte Niedersachsen und die Junglandwirte Gifhorn-Wolfsburg freuen sich, jetzt den Bundeslandwirtschaftsminister Herrn Christian Schmidt zu begrüßen.